

Zeitschrift: Medienwissenschaft Schweiz = Science des mass média Suisse
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft
Band: - (1999)
Heft: 2

Artikel: "Multikulturalismus" im Werden : Aspekte der Anerkennung ethnischer Identitäten
Autor: Giordano, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-790755>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

“Multikulturalismus” im Werden. Aspekte der Anerkennung ethnischer Identitäten

Wenn man an “Multikulturalismus” denkt, dann assoziiert man diesen Begriff – was immer er bedeuten mag – leicht mit der von Daniel Cohn Bendit propagierten Vision der “Heimat Babylon”. Im Kontrast zu althergebrachten Vorstellungen, die eher das Bild von Durcheinander, Wirrnis, Unordnung, moralischer Korruption usw. erwecken, verweist die Allegorie dieses Autors auf eine “Ästhetik der Aufmischung”, die ihrerseits das a priori Schöne und Bereichernde des Fremden stilisiert. Dadurch werden mit einem verkörpert und zugleich etwas (be-)trägerischen Blick friedlich fröhliche “Ethno”-Veranstaltungen mit bunten “Ethno-Shops”, würzigem “Ethno-Food” und temperamentvoller “Ethno-Music” evoziert, die sich in “hybridisierten” bzw. “kreolisierten Ethnoscapes” d.h. in ethnisch heterogenen Räume und Territorien (z.B. Plätze, Strassen, Stadtviertel etc.) abspielen.

Multikulturelle Konfigurationen als Inter-ethnische Systeme

Man gewinnt dabei leicht den irreführenden Eindruck, multikulturelle Koexistenz sei einfach und problemlos. Sie scheint auf einer zwischenmenschlichen Spontaneität zu beruhen, die im voluntaristischen Charakter der “conditio humana” eingebettet ist. Allerdings ist solch ein “locus amenus” – eher als eine Vision für eine “multikulturelle Gesellschaft – eine “folklorisierte”, “orientalisierte” bzw. “exotisierte”, von Werbung, Medien und Intellektuellen – darunter nicht zuletzt Ethnologen – produzierte und gepflegte Inszenierung einer rein “vorgestellten” und “gedachten” multikulturellen Idylle.

Auffassungen, Konzepte und Visionen dieser Art postulieren einen “Multikulturalismus” “von unten”, der mit geringfügigen (oder gar ohne) Interventionen “von oben” an der Basis der Gesellschaft entsteht und gedeiht. Dabei werden jedoch bewusst oder unbewusst folgende wesentliche Aspekte ausser Acht gelassen:

1) Multi-Kulti-Formationen (Leggewie 1991) lassen sich wie andere multikulturelle Konfigurationen auch – ich spreche ganz bewusst nicht von multikulturellen Gesellschaften – als interethnische Systeme definieren, die durch die Präsenz von ethno-sozialen Disparitäten und daraus resultierenden ethnischen Spannungen charakterisiert sind. Es handelt sich dabei um “in sich gestaffelte dynamischen Gleichgewichtssysteme” (Mühlmann, 1964: 60), die eine zwar meist sozial bedingte, jedoch ethnisch konstruierte Schichtungsstruktur aufweisen und daher durch allgegenwärtige Konfliktpotentiale geprägt sind. Selbstverständlich sind die Grenzen zwischen den abgestuften Gemeinschaften komplex und zerklüftet: Menschen unterschiedlicher ethnischer Affiliation können unter bestimmten Umständen durchaus dieselbe soziale Position erreichen. Ausserdem sind die Grenzen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften mobil, denn interethnische Systeme lassen im Gegensatz zu den klassischen Kasten- bzw. Standesgesellschaften den individuellen bzw. kollektiven Auf- und Abstieg zu.

Schliesslich sind die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Gemeinschaften unscharf, so dass sich um die Grenzen herum soziale Interstitien und Grauzonen variabler Breite bilden, in denen sich Prozesse der “Mestizisierung” und “Hybridisierung” abspielen.

2) Multikulturelle Konfigurationen sind heutzutage in der Regel in ein nationalstaatliches Ordnungsgefüge eingegliedert. Vom ethno-soziologischen Standpunkt her gesehen, ist aber der Nationalstaat ein politischer Verband von Staatsbürgern, die auf Grund einer Reihe spezifischer, zugeschriebener oder erworbener, Merkmale als Mitglieder eben dieses Staates anerkannt sind. Nicht Jedermann kann Mitglied eines Nationalstaates sein, denn dieser stellt, um eine wohlbekannte Formel Max Webers zu paraphrasieren, eine “nach aussen regulierend beschränkte” (Weber, 1956: Bd. 1, 26) soziale Organisation dar. Diese regulierende und beschränkte Öffnung führt notwendigerweise zur Bildung rechtlich-institutioneller Mechanismen der sozialen Siebung, die Zugehörigkeit und Ausschluss der “Fremden” und d.h. der national “Anderen” festlegen. Staatsbürgerschaft und Nationalität stellen die zwei grundlegenden, legal garantierten Instrumente dar, die definieren, wer das Zugehörigkeitsrecht zu einem Nationalstaat besitzt und wer von dieser Berechtigung ausgeschlossen ist. Multikulturelle Konfigurationen als interethnische Systeme bestehen daher im Kontext hoch mobiler Gesamtgesellschaften nicht selten aus politisch “Einbezogenen” und “Ausgeschlossenen”. Die nationalstaatliche Ordnung bildet dabei – wie Will Kymlicka zu Recht betont hat – “nolens volens” den politischen Rahmen, in dem der “Multikulturalismus” gegenwärtiger interethnischer Systeme inkorporiert ist. Einschlägige rechtlich-institutionelle Bestimmungen nationaler Staatsgemeinschaften definieren, ob und inwieweit ethnische Identitäten kollektiver Natur anerkannt bzw. nicht anerkannt werden und demzufolge, welche spezifische Form der “Multikulturalismus” innerhalb einer gegebenen Gesellschaft annimmt. Gerade in diesem Sinne lässt sich die folgende Anmerkung von Will Kymlicka interpretieren:

There are a variety of ways in which minorities become incorporated into political communities, from the conquest and colonization of previously self-governing societies voluntary immigration of individuals and families. These differences in the mode of in-corporation affect the nature of minority groups, and the sort of relationship they desire with the larger society (Kymlicka, 1995a: 11).

Die zwei hier angesprochenen Aspekte zeigen, dass es sich bei "Multikulturalismus" um ein komplexes soziales Phänomen handelt, das stets mit Differenzen und Disparitäten einhergeht, die wiederum für Spannungen und Konflikte zwischen den betroffenen Kollektiven einer Gesellschaft sorgen. Will man vermeiden, dass sich solche Zwistigkeiten zuspitzen und daraus eine Spirale gegenseitiger Gewaltakte entsteht, dann kann "Multikulturalismus" auf keinen Fall sich selbst überlassen werden. Das dynamische und schwierige Gleichgewicht zwischen den Komponenten eines interethnischen Systems innerhalb eines nationalen Staatsverbandes kann nur durch eine sowohl institutionelle als auch alltägliche "politische Mediationsarbeit" gewährleistet werden, die das ständige "Verhandeln um die Anerkennung von Identitäten" garantiert.

Demnach eröffnet "Multikulturalismus" – wie auch die vor kurzem veröffentlichte Studie der "Siena Group" deutlich zeigt (Bühlmann, Röthlisberger und Schmid, 1998) – auf Grund historischer Gegebenheiten und tief verwurzelter Traditionen im Alltag sowie in der politischen Kultur, die sowohl aus der fernen als auch der näheren Vergangenheit der betroffenen Gesellschaften stammen, eine beeindruckende Vielfalt an Gestaltungsmöglichkeiten. In Anbetracht dieser Tatsache scheint die Suche nach einer allgemeingültigen Theorie des "Multikulturalismus" illusorisch. Sinnvoller, wenn auch bescheidener, scheint es dagegen, unterschiedliche "politics of multiculturalism" zu vergleichen, was im Rahmen dieses Artikels anhand einer kontrastiven Gegenüberstellung auch geschehen soll. Der hier angestrebte Vergleich versucht zu zeigen:

- wie zwei voneinander sowohl in räumlicher als auch in historisch-kultureller Hinsicht weit entfernte Gesellschaften, die jeweils durch ein eigenes, sehr komplexes interethnisches System geprägt sind, mit "Multikulturalismus" umgehen und
- wie grundverschiedene "multikulturelle Praxen" die Koexistenz zwischen den betroffenen Gruppen beeinflussen.

Als zu diesem Vorhaben geeignete Fälle wurden die lettische Hauptstadt Riga und die mehrheitlich von Chinesen bewohnte Enklave Penang in Malaysia gewählt. Interessant ist dabei festzuhalten, dass es sich im Falle Lettlands um einen Nationalstaat handelt, der sich nach Erlangung seiner "zweiten Unabhängigkeit" trotz der Präsenz zahlenmässig relevanter Minderheiten eindeutig als monoethnisch rekonstruiert. Malaysia und insbesondere Penang stellen dagegen eine postkoloniale Wirk-

lichkeit dar, die ihre gesellschaftlichen Wurzeln im Typus der "plural society" britischer bzw. niederländischer Prägung besitzt (Furnivall, 1939). Beide Imperien führten vor allem im südostasiatischen Raum (Burma, Indonesien, Malaya) durch eine gezielte Immigrationspolitik zur Bildung eines spezifischen interethnischen Systems, das bis heute die Basis der Gesellschaftsstruktur dieser Länder darstellt. Betrachten wir aber beide interethnische Systeme – das in Riga und das in Penang – in etwas detaillierter Weise.

Riga als interethnisches System

Der grosse Wendepunkt in der Geschichte der baltischen Provinzen sowie ganz speziell der Hafenstadt Riga bezüglich ihrer Eingliederung ins Zarenreich stellt zweifelsohne die Schlacht von Poltava (1709) dar, in der Schweden gegen die Armeen Peters des Grossen eine entscheidende Niederlage einbüßen musste. Der günstige Verlauf des nordischen Krieges, der mit dem Frieden von Nystad im Jahre 1721 endete, bedeutete für Russland nicht nur die Anerkennung als europäische Grossmacht, sondern auch eine wesentlich verstärkte Präsenz im Baltikum: zu den beträchtlichen Gebietserweiterungen, die der Sieg mit sich brachte, gehörten Estland, Livland und die frühere Hansestadt Riga, die auf Grund ihrer geographischen Lage und regen kommerziellen Aktivitäten für das russische Reich von vitaler Bedeutung war.

Der Übergang von der schwedischen zur russischen Herrschaft wurde von keinem der Stände, die die urbanen Ober- und Mittelschichten bildeten, als traumatisch empfunden. Die deutschbaltischen Aristokraten und Handwerkergruppen reagierten auf die "Ankunft der Russen" in keinerlei Weise negativ, wie man aus einer ethnozentrischen Perspektive des ausgehenden 20. Jahrhunderts vielleicht annehmen könnte. Die neue Fremdherrschaft bedeutete vielmehr die Anerkennung und Wiederherstellung ständischer Autonomien und Privilegien, die von dem städtischen Rat und den Gilden, die in grosser Mehrheit aus Deutschstämmigen gebildet waren, begrüsst wurde (Pistohlkors, 1994: 266). Für die Letten, die die Unterschicht darstellten und in der Regel in feudalen Knechtschaftsverhältnissen lebten, brachte der Machtwechsel kaum eine Veränderung ihrer sozio-ökonomischen Lage mit sich; ihre Haltung gegenüber den neuen Herrschern war eher durch Indifferenz als durch Begeisterung oder Bestürzung geprägt (Pistohlkors, 1994: 278).

Die Eingliederung der Stadt ins Zarenreich leitete eine mehr als hundertfünfzigjährige Friedensperiode ein, die auf die Dauer nicht ohne positive wirtschaftliche Konsequenzen auch für die unteren Schichten blieb. Die zunehmende Prosperität der lettischen Bevölkerungsanteile wurde allerdings erst im 19. Jahrhundert sichtbar, als diese Gruppe – wie die folgenden Daten zeigen – einen bemerkenswerten Verstärkerungsprozess erfuhr:

Tabelle 1: Verteilung der Stadtbevölkerung Rigas nach Nationalitäten zwischen 1867 und 1881

Riga	1867		1881	
Deutschen	43'980	46,8%	52'232	38,9%
Letten	24.199	25,8%	49'974	37,2%
Russen	25.772	27,4%	31'976	23,9%
Total	93'951	100,0%	134'182	100,0%

Quelle: Seton-Watson, 1971: 378

Diese Daten signalisieren nicht nur die erhöhte geographische Mobilität, sondern auch den sozialen Aufstieg der lettischen Bevölkerungsanteile, die durch ihre Verstädterung der jahrhundertlang andauernden feudalen Abhängigkeit auf dem Lande entkommen und sich im urbanen Milieu – vor allem als kleine Händler, Handwerker und Arbeiter – etwas günstigere sozio-ökonomische Chancen sichern konnten (Seton-Watson, 1971: 371). Fast parallel dazu verbesserten sich für die lettischen Bewohner Rigas die Bildungsmöglichkeiten, so dass langsam eine kleine, aus bäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten stammende Intelligenz entstand, die sich im Laufe der Zeit als Trägerin des Kampfes um die nationale Identität verstehen sollte.

Aus ethno-historischer Perspektive kann in diesem Zusammenhang hinzugefügt werden, dass Riga als interethnisches System im 19. Jahrhundert ein „multi-kulturelles Laboratorium der Moderne“ im Sinne des Historikers Urs Altermatt war, in der der Alltag durch eine „segregierte Koexistenz“ und ein „friedliches Nebeneinanderleben“ geprägt war (Altermatt, 1997: 86). Die russischen Machthaber monopolisierten zwar die Verwaltung und die Deutschbalten kontrollierten die wichtigsten Wirtschaftssektoren; sie betrachteten sich jedoch gegenseitig als ebenbürtig und verhielten sich auch den lettischen Bevölkerungsgruppen gegenüber keinesfalls ‚ethnokratisch‘. Diese Anmerkung soll allerdings mitnichten den Eindruck erwecken, dass in Riga idyllische Verhältnisse herrschten: zwischen den einzelnen Gesellschaftssegmenten und Individuen bestanden extreme Formen sozialer Ungleichheit, die allerdings von den Betroffenen selbst eher ‚ständisch‘ und nicht ‚ethnisch‘ empfunden wurden.

Am Ende des 19. Jahrhunderts änderte sich diese Situation radikal: 1881, d.h. als Alexander III den Thron bestieg, wurde die sogenannte Russifizierung zur offiziellen politischen Massnahme erklärt (Seton-Watson, 1971: 443; Pistohlkors, 1994: 400; Römhild, 1998). Dies bedeutete den politischen Sieg des grossrussischen Nationalismus, der den Russen in gewissem Sinne die Rolle eines ‚Herrenvolkes‘ zusprach. Das Ziel dieser neuen politischen Ausrichtung bestand darin, sowohl die „ethnisch“ bzw. „kulturell“ nicht russischen Gruppen unter Zwang zu assimilieren, als auch die gesamte imperiale Verwaltung (Bürokratie, Justiz, Bildungssystem usw.) sprachlich und institutionell zu vereinheitlichen und die Expansion der orthodoxen Kirche zu unterstützen.

Die Russifizierung bewirkte in Riga und allgemein in den baltischen Ländern scharfe Reaktionen. Sie sorgte für

Irritation und Unruhe bei den Deutschbalten, die zum ersten Mal seit ihrer Eingliederung ins Zarenreich mit diskriminierenden Massnahmen konfrontiert wurden. Gleichzeitig nahm auf Grund ähnlicher Ursachen die bereits bestehende Diskussion um die kollektive Identität und um die nationale Unabhängigkeit in den Kreisen der lettischen Intelligenz immer schärfere nationalistische Töne an.

Aus diesen skizzenhaften Ausführungen zur Russifizierungspolitik kann festgehalten werden, dass die Weichen für nationalistisch gefärbte ‚ethnische Diskurse‘ im Baltikum und in Riga erst einige Jahrzehnte vor dem Zusammenbruch des Zarenreiches gestellt wurden. Diese „ethnischen Diskurse“, die im Spannungsfeld zwischen einem von oben‘ elaborierten Ethnisierungsprojekt, d.h. der imperialen Russifizierungspolitik, und mehreren dissoziativen Ethnisierungsentwürfen ‚von unten‘, d.h. den Bestrebungen der Nicht-Russen nach Autonomie und Unabhängigkeit entwickelt wurden, können zweifelsohne als ideologische Grundlage für alle darauffolgenden und bis in die Gegenwart reichenden Ethnizitätserscheinungen dieses Raumes gelten. Die lettische Nation als „vorgestellte“ politische Gemeinschaft, so wie sie unter sowjetischer Herrschaft heimlich gedacht wurde und heute wieder offiziell konzipiert wird, kann eigentlich als eine Trotzreaktion auf die Russifizierungspolitik betrachtet werden.

Nach dramatischen und nicht selten verwirrenden Ereignissen wie die deutsche Besatzung und die ephemere Eingliederung in die Sowjetunion erlangte Lettland am 18. November 1918 die Unabhängigkeit. Es ist dabei wesentlich zu erwähnen, dass sich die Gründungsväter Lettlands für das Modell des „ethnischen“ Nationalstaates entschieden haben. Diese Wahl, die im Grunde die Existenz einer ethno-kulturell homogenen politischen Gemeinschaft auf einem monoethnischen Raum voraussetzt, erscheint aus heutiger Sicht etwas paradox, vor allem wenn man bedenkt, dass Lettland – und ganz speziell die Stadt Riga – seit jeher ein ethnisches Agglomerat darstellte, um die treffende Bezeichnung des Nobelpreisträgers Czesław Miłosz zur Charakterisierung von Vilnius, der Hauptstadt Litauens, auf das Nachbarland zu übertragen (Miłosz, 1995: 249 ff.). Daher erwies es sich als unabdingbar, den Status sowie die Rechte und Pflichten der verschiedenen „Volksgruppen“ zu definieren, wobei den Letten die Rolle der „staatstragenden“ Nation zugeschrieben wurde. Wie schnell allerdings eine „staatstragende Nation“ zum „Herrenvolk“ werden kann, das sich auf Grund einer selbst beanspruchten Überlegenheit

zur Beherrschung der anderen ethnischen Gemeinschaft berufen fühlt, hat der ungarische Historiker István Bibó am Beispiel prominenter Staaten Mittel- und Osteuropas während der Zwischenkriegszeit aufgezeigt (Bibó, 1993: 172). Lettland zeichnete sich jedoch gerade während der "ersten Unabhängigkeit" dadurch aus, dass es trotz seiner fortlaufenden Entwicklung in Richtung politischen Autoritarismus vor allem nach der Machtübernahme von Karlis Ulmanis am 16. März 1934 keine typische "Ethnokratie" wurde. Obwohl der nationalistische Radikalismus im Laufe der Entdemokratisierungsprozesse in Lettland deutlich an Kraft gewann, blieb die soziale und politische Anerkennung der minoritären "Volksgruppen" seitens der öffentlichen Hand – wenn auch manchmal zähneknirschend – fast bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges bestehen. Es soll auch daran erinnert werden, dass sich das Alltagsleben zwischen den Mitgliedern der "staatstragenden Nation" und den Angehörigen der "ethnischen Gemeinschaften" vor allem im interethnischen System Riga trotz der unvermeidlichen Spannungen nach gegenseitigen Respekt- und Toleranzmustern abspielte. Exemplarisch war in diesem Sinne der kosmopolitische Kulturaustausch in der lettischen Hauptstadt, von dem Pistohlkors berichtet:

Vor dem Hintergrund einer erfolgreichen Arbeit im Bereich der Schulen, Fachschulen und Hochschulen entwickelte eine junge Generation in Wissenschaft, Literatur, bildender Kunst und Musik die übernommenen Formen weiter und schuf eigenständige neue Werke. In den Literaturen löste man sich von der glorifizierenden Darstellung der eigenen nationalen Vergangenheit, ohne die Elemente der Volksliteratur und Volksdichtung ganz aufzugeben....

Besonders Riga mit seinem kosmopolitischen Charakter wurde zum Umschlagplatz im Geistes- und Kulturleben auch der nationalen Minderheiten, was sich vor allem auf das Theater und Musikleben auswirkte. Thematisiert wurde das Verhältnis zwischen Letten und Deutschbalten ... nur selten. ... Allerdings gab es auch Versuche durch Übersetzungen die fremden Literaturen dem eigenen Sprachraum zu erschliessen (Pistohlkors, 1994: 502 ff.).

Herausragend war in diesem Zusammenhang die Rolle der jüdischen Intelligenz, die am kulturellen Leben der lettischen Hauptstadt ganz besonders rege teilnahm. Die jüdische Gemeinschaft besass unter anderem auch ein Theater, das in ganz Riga für die Qualität ihrer Inszenierungen renommierter war (Vestermanis, 1996: 49). Noch bezeichnender für die tolerante Atmosphäre in Riga ist zweifelsohne die Häufigkeit der "intermarriages", die zwischen Letten und Deutschen bis in die dreissiger Jahre, als der politische Autoritarismus immer schärfere Züge annahm, etwa 30% aller Eheschliessungen ausmachten (Pistohlkors, 1994: 492 f.).

Will man die Periode der "ersten Unabhängigkeit" in Riga aus ethno-anthropologischer Sicht evaluieren, dann lässt sich in erster Linie feststellen, dass trotz des wachsenden

rechtsorientierten Nationalismus im politischen System und den zunehmenden Abgrenzungstendenzen zwischen den verschiedenen nationalen Gruppen in Form gegenseitiger Ethnisierungsstrategien bis kurz vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges keine interethnischen Konflikte und Konfrontationen zu vermerken sind, die das interethnische System wirklich gefährdeten. Auch auf der Alltagsebene waren wichtige Voraussetzungen für eine für damalige Zeiten bahnbrechende multikulturelle Koexistenz gegeben. Riga als interethnisches System stellte somit während der Zwischenkriegszeit im Hinblick auf die Anerkennung ethno-kultureller Differenzen zweifelsohne die bei weitem "offenste" Gesellschaft der gesamten Region dar, was dem heutigen Beobachter gerade in Anbetracht der aktuellen "Ausgrenzungstendenzen" als eine etwas überraschende Realität erscheinen mag.

Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges leitete ein besonders schmerzhaftes Kapitel in der Geschichte Rigas ein. Hiermit begann für die Hauptstadt Lettlands eine Epoche sozio-ökonomischer Veränderungen, die auch die gesamte ethno-kulturelle Struktur der Vorkriegszeit tiefgreifend modifizierte. Dieser Prozess begann während der nationalsozialistischen Besatzung, als die einflussreiche jüdische Gemeinschaft, sofern ihre Mitglieder nicht flüchten konnten, vernichtet wurde. Berühmt für die Grausamkeiten, die sich dort abspielten sind bis heute sowohl das Ghetto als auch das Konzentrationslager Kaiserwald, die grauenerregende Vernichtungsanlage in einem Park am Rande der Stadt (Vestermanis, 1996: 62 ff.). Die darauffolgenden stalinistischen Sowjetisierungspolitik, die nicht nur den Aufbau eines polit-bürokratischen Apparats nach kommunistischem Muster, die Kollektivierung aller Wirtschaftssektoren und die forcierte Industrialisierung, sondern auch die Aussiedlung der deutschbaltischen Bevölkerungsanteile, die massive Deportation der politisch verdächtigen Einheimischen und deren Ersetzung durch Sowjetbürger aus den Kernrepubliken Russland, der Ukraine und Weissrussland beinhaltete, hat die ethnische Umgestaltung der Region in entscheidender Weise vorangetrieben. Die stalinistische "Mobilitätspolitik" wurde mit anderen Zielen auch lange nach Stalins Tod fortgesetzt: die Niederlassung "slawischer" Zuzügler in der Sowjetrepublik Lettland und speziell in Riga wurde aus wirtschaftlichen und militärischen Überlegungen fast bis zur Auflösung der Sowjetunion ununterbrochen weitergeführt. So sank der Anteil der lettischen Bevölkerung zwischen 1959 und 1979 im gesamten Territorium der baltischen Sowjetrepublik um ca. 9%, während der "slawische" Anteil (Russen, Weissrussen und Ukrainer) gleichzeitig um ca. 9% zunahm. In Riga waren diese Schwankung besonders gross. Hier wurde in derselben Zeitspanne die Präsenz nicht lettischer Einwohner so massiv, dass sie eine knappe Mehrheit bildeten, die bis heute die ethnische Struktur der Stadt prägt. Man muss in diesem Kontext hinzufügen, dass die Migration nach Lettland von den Angehörigen der nicht baltischen Sowjetrepubliken als Privileg betrachtet wurde, vor allem weil dort die Arbeitsbedingungen und die Lebensqualität weit besser waren als im Rest der gesamten Sowjetunion. Nach

Lettland und vor allem nach Riga „der baltischen Stadt mit okzidentalem Flair“, versetzt zu werden, stellte für viele Russen, Weissrussen und Ukrainer einen Traum dar, den sie um jeden Preis zu verwirklichen versuchten. Es ist also nicht erstaunlich, dass sich Riga unter der sowjetischen „Mobilitätspolitik“ – wie auch die statistischen Daten bestätigen – zu einer binationalen Stadt entwickelte, die hauptsächlich aus zwei voneinander getrennt lebenden und sich ignorierenden Gruppen – den Letten und den „Slawen“ (in erster Linie Russen) – zusammengesetzt war. Die Letten empfanden die zunehmende Präsenz von Einwanderern als eine unzumutbare Überlagerung und zugleich als gefährliche Bedrohung sowohl im Hinblick auf die Sicherung ihrer sozio-ökonomischen Chancen als auch auf die Erhaltung ihrer kulturellen Identität, auch weil die russischen, weissrussischen und ukrainischen Migranten von der fast allmächtigen sowjetischen Lokalbürokratie, die wiederum vornehmlich aus „Fremden“ bestand und als Verwaltung der „Okkupanten“ betrachtet wurde, in jeder Hinsicht bevorzugt behandelt wurden. Unter der Obhut der sowjetischen Macht fühlten sich ihrerseits die Zuwanderer nicht verpflichtet die lettische „Spezifität“ kennenzulernen und zu respektieren. Bis zur Periode der sogenannten ‚perestrojka‘ in den 80er Jahren, als sich bei den sowjetischen Herrschern eine sehr vorsichtige und ambivalente Anerkennung der lettischen Identität bemerkbar machte, konnten sie sich im Alltag benehmen, als ob die Letten eine „quantité négligable“ wären: man hielt es weder für nötig, die dortige Sprache zu lernen noch sich mit der einheimischen Gesellschaft und Kultur zu befassen. Die sowjetische „Mobilitätspolitik“ in Lettland mit ihrer unterschweligen und zugleich paradoxen Zielsetzung, nämlich der Schöpfung eines „homo sovieticus“ via Russifizierung, schuf somit die idealen Voraussetzungen für jene Polarisierung und Konfrontation zwischen den ethnischen Gruppen, die man in Riga gegenwärtig beobachten kann.

Die zweite Unabhängigkeit Lettlands bedeutete nicht nur die Wiedereinführung der freien Marktwirtschaft und der parlamentarischen Demokratie okzidentaler Provenienz, sondern ungeachtet der besonderen ethnischen Struktur des Landes auch das starre Festhalten am Prinzip des „ethnischen“ Nationalstaates. Seine Wiederherstellung stellt mehr dar als den „Königsweg nach Europa“, wo inzwischen gerade versucht wird, diese institutionelle Form der politischen Gemeinschaft zu überdenken. Vielmehr handelt es sich hierbei um die nostalgische „Rückkehr in die Vergangenheit“ und – um genauer zu sein – um die Rückkehr ins 19. Jahrhundert: In Lettland besitzen die öffentlichen Identitäts- und Ethnizitätsdiskurse der wiedergeborenen „staatstragenden Nation“ in der jetzigen Transformationsphase einen eindeutig archaisierenden bzw. romantisierenden Ton, in dem der aufmerksame Beobachter Herdersche Reminiszenzen entdecken kann, wobei Begriffe wie „Volk“, „Volksgeist“ und „Volksseele“ wieder Hochkonjunktur haben. Zugleich wird das Territorialprinzip hochstilisiert und somit den räumlichen Ansprüchen der „Nation“ eine vitale Bedeutung beige-

gemessen. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Prinzips in Lettland zielt mit seinen spezifischen Ethnizitätsdiskursen – allen demonstrativen offiziellen Beteuerungen hinsichtlich der Anerkennung von Minderheitenrechten zum Trotz – darauf ab, das Motiv der „monoethnischen Territorialität“ in rigider Form zu revitalisieren. Dies geschieht vornehmlich über die Sprache, die sich einmal mehr als eine symbolische Identitätsressource ersten Ranges erweist. Obwohl in Lettland zur Zeit um die 40% und in Riga mehr als 50% der Bevölkerung slawischer Herkunft ist, wurden im Parlament seit 1994 immer wieder Gesetze verabschiedet oder vorgeschlagen, die selbst bei kommerziellen Transaktionen einzig die lettische Sprache zulassen (Art. 7 des inzwischen vom Parlament auf massiven Druck der EU und Russlands verworfenen Sprachgesetzentwurfes von 1995). Zum Schutz der lettischen Sprache wurde sogar eine „Polizeibehörde“, das „Language Inspection Board“, eingerichtet, die vor allem in Riga streng über die Einhaltung der „sprachlichen Pflichten“ waltet. Im Zuge dieser Massnahmen wurde selbstverständlich auch das gesamte Bildungssystem „lettisiert“, wobei die russischen Schulen sozusagen wie ein „auslaufendes Modell“ behandelt wurden: Vor ihrer endgültigen Schliessung wartete man, bis die letzten Absolventen ihre Abschlussprüfungen abgelegt hatten. Gleichzeitig hat in Riga eine radikale und peinlich genaue Berichtigung oder Beseitigung der zweisprachigen Wegweiser, Strassen- und Ladenschilder aus der Sowjetzeit stattgefunden. Jedes Zeugnis, das an das Russische oder an die kyrillische Schrift erinnerte, wurde sorgfältig entfernt oder ausradiert.

Man muss abschliessend hinzufügen, dass die neuen Eliten zweifelsohne wesentlich strengere Massnahmen hinsichtlich der Sprachpolitik getroffen hätten, wenn die ständigen Mahnrufe der EU und die brüskten Warnungen des grossen und mächtigen Nachbarn nicht immer präsent gewesen wären.

Im Namen der Staatsnation und des monoethnischen Nationalstaates werden zur Zeit in Lettland mit Hilfe vornehmlich des sprachlichen Kriteriums relevante Bevölkerungsanteile, die teilweise im Lande geboren worden sind (50% der Nicht-Letten gehören zur „zweiten“ bzw. „dritten Generation“ der „slawischen“ Einwanderer), bewusst ethnisiert, um ihnen dadurch die Staatsbürgerrechte zu verweigern und sie von der Zivil- und der Wirtschaftsgesellschaft auszugrenzen. Als Staatenloser besitzt man keine politischen Rechte und ist von der Ausübung wichtiger Berufe, in denen per Gesetz ganz besonders hohe Sprachanforderungen verlangt werden, ausgeschlossen. Ein aufmerksamer Blick auf die aktuelle Lage in Riga und in Lettland zeigt, dass dort durch die Durchsetzung des monoethnischen Nationalstaatsprinzips eine für europäische Verhältnisse einzigartige soziale Kategorie von Staatenlosen geschaffen wurde, die immerhin bis heute noch mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen und die offiziell, etwas heuchlerisch, als „permanent resident“ bezeichnet werden. Ausgestattet mit einem besonderen „Pass“ werden sie als

Bürger zweiter Klasse abgestempelt, denen zwei Alternativen offen bleiben:

- die (Re-)migration in das ethnische "Mutterland", was einer "sanften" von den lettischen Behörden durchaus beabsichtigten und erhofften "ethnischen Säuberung" gleichkäme, oder
- die völlige (Zwangs-)Assimilation an die "Titularnation".

Der lettische Fall am Beispiel Rigas zeigt, wie mit der sowjetischen "Okkupation" unter dem Deckmantel des kommunistischen Internationalismus und im nicht deklarierten Namen des grossrussischen Nationalismus der "Multikulturalismus" der Vorkriegszeit systematisch abgebaut wurde. Das starre, ja fast obsessive Festhalten am Prinzip der Staatsnation nach der "zweiten Unabhängigkeit" hat weiterhin jede Entfaltung einer "Politik des Multikulturalismus", die die Verhandlungen um die Anerkennung der verschiedenen Identitäten auf institutioneller Ebene sowie im Alltag hätte lenken können, gebremst bzw. verhindert. Obwohl sich die interpersonalen Alltagsbeziehungen zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Gruppen im interethnischen System Riga im Vergleich zu Beginn der neunziger Jahre wesentlich entspannt haben, ist man in Lettland noch immer weit davon entfernt, jene "accomodation" zwischen gleichberechtigten ethnischen Gemeinschaften oder jene "integration without assimilation", die von Asbjørn Eide, dem Präsidenten der UN Arbeitsgruppe über Minderheitenrechte, postuliert hat (Eide 1997), auch nur annähernd verwirklicht zu haben. Der "Multikulturalismus" im interethnischen System Riga ist daher eine kaum wahrnehmbare Realität, die sich lediglich mit dem Mikroskop des Ethnologen in manchen Bereichen des Alltagslebens beobachten lässt.

Penang als interethnisches System

Als am 17. Juli 1786 der junge und abenteuerliche britische Schiffskapitän Francis Light mit seinen drei Schiffen an der Spitze der nordöstlichen Halbinsel von Pulau Pinang landete, hatte kaum ein Europäer diese Insel am Eingang der Strasse von Malacca jemals besucht. Auch die Malaien vom benachbarten Sultanat Kedah, unter dessen Souveränität Pulau Pinang stand, hatten bis zu diesem Zeitpunkt wenig Interesse für die "Betelnussinsel", so die Übersetzung des Namens, gezeigt. Bevor die Engländer die Stadt Georgetown gründeten, war Pulau Pinang eine dünn besiedelte Fischerinsel, die gelegentlich von Seeräubern, vor allem Portugiesen und Eurasiern, als Anlegeplatz benutzt wurde. Captain Light und etwas später der berühmte Gouverneur Thomas Stamford Raffles erkannten jedoch gleich, dass Penang ein vitaler Stützpunkt der East India Company und der britischen Krone werden könnte. Deshalb bemühten sich die Briten unmittelbar nach ihrer Landung um einen Abtretungsvertrag mit dem Sultan von Kedah, der aber erst im Jahre 1800 endgültig ausgehandelt wurde und in Kraft trat (Hayes Hoyt, 1997: 22).

Die Bucht vor Georgetown eignete sich tatsächlich trefflichst als Reparaturhafen für die britische Kriegs- und Handelsmarine. Die geographische Position Penangs am

nördlichen Eingang der Strasse von Malacca bedeutete sowohl die effektive Kontrolle der Handelswege nach dem Fernen Osten als auch – gemeinsam mit Madras und Calcutta – die verstärkte Überwachung des Golfes von Bengalen. Penang trug also in entscheidender Weise dazu bei, die Ausgangslage der East India Company im Kampf gegen die französischen und vor allem niederländischen Handelsrivalen zu optimieren (Küchler, 1968: 29 ff.).

Penangs Gründerjahre zwischen 1786 und 1819 gingen mit einem imponierenden Wirtschaftsboom einher, der innerhalb kürzester Zeit Migranten aus der ganzen Welt anzog. Bereits 1804 zählte der damalige Gouverneur von Penang, Sir George Leith, folgende eingewanderten Gruppen auf: Briten, Holländer, Portugiesen, Armenier, Araber, Perser, Chinesen, Choolias (Tamilen), Malaier, Burmesen, Siamesen, Javaner und Bugis aus Sulawesi (Leith 1804: 25). Penang war also "von Anfang an" fast ausschliesslich eine Einwanderungsgesellschaft, die zugleich ein buntes und hoch komplexes interethnisches System bildete.

Nach dieser ersten Phase, die durch den rasanten Zuwachs des Handelsverkehrs sowie der Ausbreitung der Pfefferplantagen charakterisiert wurde, kamen die Jahre des langsameren Wachstums. Einige Choleraepidemien, das Absinken der internationalen Pfefferpreise, der Rückgang des Handelsvolumen, der Krieg zwischen dem Königreich Siam und dem Sultanat Kedah und nicht zuletzt die bedrohliche Konkurrenz der noch schneller wachsenden Stadt Singapur verursachten eine erheblich gedämpfte Konjunktur. Dennoch blieb Penang ein ersehntes Immigrationsziel, nicht zuletzt, weil der Produktionswechsel von Pfeffer auf Nelken und Muskat die Kontinuität im landwirtschaftlichen Sektor garantierte. So wuchs die Stadt von 6.000 Einwohner im Jahre 1820 auf 29.000 im Jahre 1824. Im Jahre 1851 erreichte sie die stolze Zahl von 43.000 und 1860 von 60.000 Einwohnern (Küchler, 1968: 49). Bei den Immigranten handelte es sich in dieser zweiten Phase vornehmlich um Chinesen, die sich in Georgetown niederliessen. Obgleich sie aus sehr unterschiedlichen Regionen ihres Mutterlandes stammten und somit keine kulturell homogene Gruppe bildeten, konstituieren sie seit jener Zeit die Mehrheit in Penang.

Ab 1860 und besonders nach der Eröffnung des Suez-Kanals (1869) begann eine neue Phase der europäischen Kolonialexpansion in Südostasiens. Die Holländer verstärkten ihre Präsenz in Indonesien und eroberten den nördlichen Teil Sumatras. Die Franzosen besetzten das südliche Indochina. Schliesslich gelang es den Briten, die Schutzherrschaft über sämtliche Sultanate der malaiischen Halbinsel durchzusetzen, was den Engländern den monopolartigen Zugang zu wichtigen Rohstoffquellen wie etwa den Zinnerzbergwerken sicherte. Während dieser Expansionswelle des britischen Kolonialismus in Südostasien übernahm Penang eine wichtige Rolle, denn Georgetown galt als der ideale Ausgangspunkt für die Erschliessung des rohstoffreichen nördlichen Teils der malaiischen Halbinsel. Diese Ausdehnung des englischen Einflusses

bereichs in der Region kurbelte die Immigration stark an: zwischen 1860 und 1915 landeten Hunderttausende von Chinesen aus dem gesamten Reich der Mitte in Penang. Georgetown wurde zu einer der wichtigsten Drehscheiben der Immigration in Südostasien; nur ein Teil der Einwanderer blieb in der Stadt, die Mehrzahl der Chinesen ging dagegen zur malaiischen Halbinsel, um im Zinnerzbergbau zu arbeiten oder in diesem vielversprechenden Sektor zu investieren. In dieser Epoche verstärkte sich die Präsenz der Chinesen auf der malaiischen Halbinsel massiv, während sich ihre Stellung in Penang weiter verfestigt. Aus Penang gingen die Chinesen jedoch auch nach Südthailand (Phuket), Südburma und Indonesien, wo sie finanzkräftige und einflussreiche Kolonien gründeten, die bis zum heutigen Zeitpunkt an Bedeutung nicht eingebüsst haben.

Parallel zur Erschliessung der Zinnerzbergwerke erfuhr die Landwirtschaft in der malaiischen Halbinsel eine wichtige Revolution. Durch die Einführung der "Hevea Brasiliensis" wurden die auf relativ kleinen Flächen angebauten traditionellen Gewürze (Pfeffer, Muskatnuss, Nelken usw.) durch die in riesigen Plantagen bewirtschafteten Kautschukbäume ersetzt. Um die Jahrhundertwende erlebte die Nachfrage für Kautschuk auf Grund der gesteigerten Auto- und Fahrradproduktion in Europa und den Vereinigten Staaten eine stürmische Aufwärtsentwicklung, die bis zur Weltwirtschaftskrise anhielt. Die Ausdehnung der Gummibaumplantagen in der malaiischen Halbinsel und in Penang selbst verlangte nach vermehrter Arbeitskraft, die in diesem Fall aus Indien kam.

Die britischen Kolonialherren schätzten zwar die Chinesen vor allem auf Grund ihrer konfuzianischen Arbeitsethik mehr als die Inder. Im Vergleich zu den Malaien, die bereits seit Gouverneur Sir George Leith als "indolent", "rachsüchtig", "unzurechnungsfähig" und "verräterisch" galten (Leith, 1804: 15), wurden sie aufgrund ihres Fleisses und ihrer Redlichkeit jedoch als "quite useful people" angesehen. In Anbetracht dieser Eigenschaften, die sie zu gesuchten Plantagenarbeitern machte, organisierte und unterstützte die britische Kolonialverwaltung die Einwanderung vornehmlich von Tamilen aus Südindien nach der malaiischen Halbinsel und Penang auch finanziell. Im Zuge dieser Bevölkerungsbewegung kamen Sikhs aus Nordindien und Migranten aus Bombay und Umgebung nach Südostasien, die in der Regel eine Aktivität im Handwerk und Kleinhandel fanden. Die Attraktion Penangs als Dienstleistungszentrum bewog auch Menschen aus anderen Ländern und Kontinenten (Thai, Indonesier, Burmesen, Araber, Armenier usw.), sich in Georgetown niederzulassen. Bis 1957 gab es in Penang sogar eine kleine jüdische Gemeinschaft.

Die Jahre zwischen 1860 und dem ersten Weltkrieg haben die ethnische Struktur Penangs und schliesslich auch der ganzen malaiischen Halbinsel definitiv geprägt, denn mit der Ankunft der Inder konstituierte sich die bevölkerungsmässig drittgrösste Gruppe des dort noch heute bestehenden interethnischen Systems.

Die Einwanderungsgesellschaft Penangs, die als ein direktes Erzeugnis der britischen Kolonialherrschaft betrachtet werden kann, lässt sich aus ethno-soziologischer Perspektive nicht nur als interethnisches System, sondern auch als "plural society" bezeichnen. Dies bedeutet, dass jede ethnische Gruppe, die zum System gehörte, eine räumlich separate Existenz mit eigenen Institutionen und Infrastrukturen führt und dass die Wirtschaftsstruktur durch eine ethnisch definierte Arbeitsteilung, aus der sich die sozialen Disparitäten zwischen den Individuen ergeben, gekennzeichnet ist (Furnivall, 1939; Smith, 1965; Rex, 1994: 121 ff.). Während der Kolonialzeit war die Gesellschaft Penangs und Georgetowns tatsächlich strikt nach solchen Kriterien organisiert: Die dünne Oberschicht der britischen Kolonialherren wohnten in viktorianischen Häusern und Villen mit ihrem typischen neoklassisch-palladianischen Stil geschlossen nicht weit entfernt vom Hafen, wo heute die moderne City liegt. Hier befanden sich auch die Gebäude der Kolonialverwaltung, die einen ähnlichen Charakter besaßen. Die Chinesen, meistens Ladeninhaber, Handwerker und Händler, lebten dagegen im Kern der Altstadt, dessen Strassenumriss bereits 1825 festgelegt wurde. In diesem Teil Georgetowns finden sich noch heute die typischen einstöckigen Bauten mit ihrer unverkennbar sino-portugiesischen Architektur, die auch den anderen Städten der malaiischen Halbinsel und Südthailands ihre spezifische Note verleiht, als auch die ältesten und traditionsreichsten buddhistischen Tempel und Clanhäuser. Um die Altstadt herum reihten sich die dörflich anmutenden "Kampong" der Malaien und die Siedlungen der anderen ethnischen Gruppen, die entweder als Bauern oder als kleine Handwerker bzw. Hafenarbeiter in Georgetown tätig waren. Ein Teil der Inder lebte schliesslich auf den Kautschukplantagen. In der "plural society" Penangs waren die Sozialbeziehungen zwischen den Angehörigen unterschiedlicher ethnischer Gruppen vor allem wirtschaftlicher Natur. Weniger distanzierte oder gar intime interethnische Relationen stellten zwar nicht die Regel dar, die Praxis der "intermarriages" zwischen Chinesen und Malaien zeigt jedoch, dass sie auch keine Seltenheit darstellten. Insgesamt lässt sich für die "plural society" des kolonialen Penangs eine zwar gelassene, jedoch nicht ganz spannungslose Atmosphäre der gegenseitigen Indifferenz und Toleranz konstatieren, die auch für die postkoloniale Zukunft richtungsweisend sein sollte.

Im Jahre 1957 zog sich die britische Kolonialmacht aus der malaiischen Halbinsel und den drei "Straits Settlements" (Singapur, Malacca und Penang) definitiv zurück. An ihre Stelle trat die unabhängige Föderation Malaya (1963 in Föderation Malaysia umgetauft), der auch Penang als autonomes Territorium angegliedert wurde. Gerade auf Grund der ethnischen Vielfalt stand das neue Land vor dem gravierenden Problem der Auswahl eines geeigneten Staatsmodells. Zwei gegensätzliche Konzepte standen zur Sprache und zwar das eines "Malayan Malaysia" und das eines "Malaysian Malaysia". Das erste Modell vertrat einen "klassischen" nationalstaatlichen Charakter der Föderation mit den Malaien als "staats-

tragender Nation", wobei den anderen Gruppen im günstigsten Fall die Rolle "nationaler Minderheiten" zukam. Im Rahmen der Diskussion um ein "Malayan Malaysia" stand sogar offen zur Debatte, ob es angebracht sei, den Chinesen, Indern und anderen Immigranten die Staatsbürgerschaft zuzusprechen. Die Vorstellung eines "Malaysian Malaysia" operierte dagegen mit einem offenerem Nationsbegriffes, der die polyethnische bzw. multikulturelle Struktur des Landes berücksichtigte und alle sich, bereits zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit auf dem Territorium der Föderation befindenden ethnischen Gruppen als ebenbürtige Mitglieder der politischen Gemeinschaft anerkannte. Nach heftigen Kontroversen setzte sich letztendlich eine vorsichtige Variante des Konzeptes "Malaysian Malaysia" durch, die auch den Nicht-Malaien die Staatsangehörigkeit garantierte (Faaland, Parkinson und Saniman, 1990: 13 ff.; Shamsul, 1998: 141.). Nach diesen Richtlinien wurde die Verfassung von 1957 formuliert, die man als Form des "identity bargaining" betrachten kann, um den "Multikulturalismus" auf institutioneller Ebene zu verankern. Die Nicht-Malaien, die sich im neuen, von Malaien politisch dominierten Staat um die Zukunft ihrer kulturellen Identität sorgten, beanspruchten Sonderrechte im religiösen und sprachlichen Bereich. Die Malaien, die vor allem den chinesischen Unternehmergeist und deren ökonomische Expansion befürchteten, bemühten sich als die generell sozio-ökonomisch schwächste Gruppe um Sonderbestimmungen im Wirtschaftssektor (Faaland, Parkinson und Saniman, 1990: 11). Der Kompromiss, der in der Verfassung Malaysias festgelegt wurde, bestand darin, dass den Nicht-Malaien Staatsbürgerschaft, Religionsfreiheit und Sprachautonomie zugesprochen wurde, während die Malaien spezifische Landreservate, Sonderbestimmungen hinsichtlich Handelszulassungen und -konzessionen und Quoten im höheren Ausbildungssystem erhielten (Vgl. Art. 89, 152 und 153 der Verfassung Malaysia).

Nach den ethnischen Unruhen vom Mai 1969 wurde allerdings deutlich, dass das erarbeitete "identity bargaining" überholt war. In diesem Sinne wurde die "New Political Economy" (NEP) verabschiedet, welche die sich vertiefende sozio-ökonomische Kluft zwischen nicht malaiischen Mittel- und Oberschichten einerseits und den breiten malaiischen Unterschichten urbaner sowie ländlicher Herkunft andererseits einzudämmen versuchte (Faaland, Parkinson und Saniman, 1990: 17 ff.; Gomez, 1999: 176 ff.).

Die in der Verfassung verankerte Abmachung sowie die NEP wurde vor allem im Hinblick auf die "Multikulturalismuspolitik" Objekt sehr unterschiedlicher und oft gegensätzlicher Beurteilungen. Einige Autoren betonen, dass das konstitutionelle "bargaining" und die darauffolgende NEP zu einer Vormachtstellung der Malaien geführt hätte, die einer regelrechten Hegemonie der malaiischen Mehrheit gegenüber den chinesischen und indischen Minderheiten gleichkäme (Shamsul, 1998: 145 ff.). Andere politisch engagierte Experten Malaysias monieren dagegen, dass die Verfassung und die NEP nicht inno-

vativ genug gewesen seien, da sie, wenn man von der Abwesenheit der britischen Kolonialherrenschicht absieht, die alte "plural society" mit ihren räumlichen Abgrenzungen, sozialen Ungleichheiten und Arbeitsteilungsstrukturen sowie ihrem ökonomischen Dualismus zwischen Malaien und Nicht-Malaien im postkolonialen Kontext reproduziere und perpetuiere (Faaland, Parkinson und Saniman, 1990: 18 ff.; Milner, 1998: 165 ff.). Aus einer etwas neutraleren Sicht kann man dagegen sagen, dass sich das institutionelle "identity bargaining" sowie die bis zum heutigen Zeitpunkt in diesem Geist betriebene Nationalpolitik stets um einen "modus vivendi" zwischen ethnischem Pluralismus und wirtschaftlichem Dualismus bemüht haben. Als Beweis dafür kann auch gelten, dass es trotz der unzähligen Mängel und Lücken des verfassungsrechtlich ausgearbeiteten und politisch praktizierten Kompromisses, die die Kritiker der malaysischen Auffassung des "Multikulturalismus zu Recht hervorgehoben haben, gelungen ist, ein dynamisches, subtiles, wenn auch beschwerliches Gleichgewicht innerhalb des interethnischen Systems, das von der Kolonialzeit geerbt wurde, aufrechtzuerhalten. Man muss weiterhin beachten, dass die Politik des "identity bargaining" die nationale Kohäsion zwischen ethnischen Komponenten, die auf Grund stark ungleicher Wirtschaftschancen gesellschaftlich vertikal geschichtet sind, garantiert hat.

Unter dieser politisch-institutionellen Schirmherrschaft konnten sich auf lokaler Ebene und im Alltagsleben ganz spezifische Formen des "Multikulturalismus" entwickeln, wie der Fall Penang deutlich zeigt. Georgetown ist heutzutage eine Stadt mit mehr als 220.000 Einwohner (60% Chinesen, 30% Malaien und 10% Inder) in Mitten einer der wichtigsten Industriepole Malaysias (Zinnindustrie). Die alten Grundstrukturen und Spaltungen der kolonialen "plural society" sind zwar nicht ganz verschwunden, sie haben sich jedoch aufgeweicht. Vergeblich würde man heute die alte räumliche Separation zwischen den ethnischen Gruppen suchen, die das Siedlungsgefüge Georgetowns in so deutlicher Weise charakterisiert hat: sie existiert nicht mehr. Die reich gewordenen Chinesen sind von der Altstadt weggezogen und haben sich in luxuriösen Ein- bzw. Mehrfamilienhäuser in den "besseren" Vierteln niedergelassen. An Ihre Stelle traten die Inder, die heute mit den übriggebliebenen Chinesen in Gemengelage leben. Die Malaien sind z.T. von ihren Kampongartigen Vierteln fortgegangen und leben in billigen Wohnhäusern, die sie mit Mitgliedern anderer ethnischer Gruppen teilen.

Auch die von der "plural society" erzeugte Arbeitsteilung ist längst nicht mehr so rigide wie in der Vergangenheit. Viele Inder, die im Handel erfolgreich gewesen sind, gehören mittlerweile zur wohlhabenden Mittelschicht. Auch die Malaien verzeichneten nicht selten einen bemerkenswerten sozialen Aufstieg. Allerdings bleiben die Chinesen die bei weitem ökonomisch dominante Gruppe. Als Folge dieser sozialen Mobilität, die Arbeitsmöglichkeiten in den statusarmen Berufe eröffnet, ist Penang einmal mehr ein Einwanderungsgebiet geworden. So ar-

beiteten Migranten vor allem aus Indonesien und Burma bis zur asiatischen Krise von 1997–98 mit sehr prekären Verträgen in Klein- und Grossbetrieben des Industrie- und Dienstleistungssektors.

Diese Wandlungen in der Sozialstruktur, die wie bereits gesagt, einen geringfügigen gesellschaftlichen Umbruch innerhalb der von der britischen Kolonialmacht geerbten "plural society" beinhaltet, hat die tolerante, wenn auch nicht unproblematische Koexistenz zwischen den ethnischen Gruppen nicht zerstört. Dazu ist das Zeugnis einer amerikanischen Beobachterin, die die Atmosphäre in Penang mit der in der USA vergleicht, bezeichnend. Sie schreibt in der Einleitung ihres Buches nicht ohne ein Quantum an blauäugigen Optimismus:

It is a work of a native New Yorker for whom urban racial tensions seem all too normal and who found in Penang, where diversity and harmony are not mutually exclusive, a sense of hope (Hayes Hoyt, 1997: viii).

Die "exotisierenden" bzw. "orientalisierenden" Beschönigungen der realen Situation in Penang sind in diesem Zitat nicht zu übersehen. Es ist jedoch eine Tatsache, dass dort der von der malaysischen Verfassung beschworene Geist für "accomodation" und "identity bargaining" bei Beibehaltung durchlässiger ethnischer Grenzen, räumlicher Trennungen und sozialer Distanzierungsstrategien deutlich spürbar ist. Dies lässt sich nicht nur an den nicht unüblichen "intermarriages" oder am Ausbildungssystem, das einen breiten Sprachpluralismus besonders im Rahmen der Privatschulen zulässt, sondern auch an der "multikulturellen" Lokalpolitik hinsichtlich der öffentlichen Selbstrepräsentation und daher auch des Denkmalschutzes illustrieren.

So ist es kein Zufall, dass das städtischen Museum im Jahre 1997 mit einer Ausstellung eröffnet wurde, die den denkwürdigen Titel "They came to Penang from all over the world" trug. Dazu wurde auch ein Katalog veröffentlicht, in dem die historisch gewachsene ethno-kulturelle Vielfalt ganz demonstrativ inszeniert wurde. Man kann sich sogar des Eindrucks nicht erwehren, dass sowohl in der Ausstellung als auch im Katalog die "Multikulturalität" Penangs überbetont wird. So kommt z.Bsp. ein ausgeprägtes und nostalgisch gefärbtes Wohlwollen an ethno-kulturellen Differenzen, die eher zur Vergangenheit als zur Gegenwart gehören, ganz deutlich zum Ausdruck. "Multikulturalismus" wird in diesem Fall zunächst "konzipiert" und danach nicht ohne Sendungsbewusstsein zelebriert. Wie dem auch sei, das ganze Unternehmen um das Museum und um den Katalog sollte eben den "Multikulturalismus" Penangs als wesentlichen Wert sowie als Tugend und nicht als Manko unterstreichen. Die selbe Botschaft lässt sich auch bei der Denkmalschutzpolitik finden. Seit mehr als zehn Jahren – nach einer für die Länder Südasiens nicht unüblichen Modernisierungsphase, in der mit ikonoklastischer Wut alles, was an Vergangenheit erinnerte, vernichtet oder

zum Verrotten gelassen wurde (vgl. beispielsweise die Zerstörung der alten Chinatown in Singapur) – hat man das historische Erbe vor allem in Form alter Bausubstanz schätzen gelernt. So wurden in Penang Richtlinien zur Restauration der wichtigsten Bauten (Häuser, Tempel und Moscheen) formuliert. Interessant ist dabei festzustellen, dass diese Erneuerungspolitik erneut auf dem Prinzip der "accomodation" und des "identity bargaining" beruhte. Die zu restaurierenden Denkmäler wurden sorgfältig nach Kriterien ausgewählt, die man "multikulturell" nennen könnte: In Rücksichtnahme auf die ethnische Komposition Penangs, wurden die für die Geschichte und Kultur der chinesischen, malaiischen bzw. indischen Gemeinschaft jeweils symbolisch relevantesten und zugleich ästhetisch repräsentativsten Bauten als erneuerungswürdigste Objekte ausgewählt. Der Denkmalschutz kann somit als das Ergebnis einer geschickten Verhandlung betrachtet werden, die letztendlich zu einer ausgeklügelten Abmachung führte, die den latenten und immer drohenden "Kampf um Anerkennung" zwischen den drei, die Gesellschaft Penangs konstituierenden, ethnischen Gruppen zu vermeiden hilft.

Der "Multikulturalismus" Penangs und zweifelsohne auch Malaysias ist eine wichtige und praktisch unverzichtbare Komponente beider interethnischer Systeme. Es handelt sich dabei allerdings nicht um eine blosser Selbstverständlichkeit, denn gerade diese südostasiatische Art des "Multikulturalismus" zeigt in paradigmatischer Weise, dass Koexistenz und Anerkennung zwischen ethnischen Gemeinschaften immer das Resultat von schwer erfochtenen identitären Arrangements bilden und daher viel Verhandlungskompetenz und Kompromissbereitschaft verlangen.

Abschliessende Bemerkungen

- 1) Der Vergleich zwischen Riga und Penang zeigt in erster Linie, dass politischer Pluralismus und demokratische Ordnung, wie manche Autoren zu Recht vermuten (Kymlicka, 1995b: 16 ff.), den "Multikulturalismus" mit seiner expliziten Anerkennung ethno-kultureller Differenz nicht notwendigerweise garantieren. Eine Demokratie, die das mono-ethnische Prinzip trotz pluriethnischer Bedingungen hochstilisiert, kann sich durchaus – wie das Beispiel Lettland zeigt – zu einer "Tyrannei der Mehrheit" entwickeln, die die Grundrechte von minoritären und minorisierten Gruppen grob missachtet. Malaysia dagegen ist ein halbautoritär geführter Staat, in dem der "Multikulturalismus" gewiss tiefere Wurzeln schlagen können als im heutigen Lettland.
- 2) Auf dem Gebiet des früheren britischen "Empire" gingen die postkolonialen Gesellschaften und Staaten aus den "plural societies" und kolonialen Rechtsordnungen hervor. Dies gilt speziell für Malaysia, dessen Verfassung sich stark an Richtlinien und Bestimmungen der britischen Kolonialherrschaft angelehnt hat. Diese Erfahrung scheint nicht so negativ gewesen zu sein, wie häufig angenommen wurde, denn die Politik der "accomodation" und des "identity bargai-

- ning", auf der jede Form des "Multikulturalismus" beruht, funktioniert hier besser als in manchem europäischen Nationalstaat, wie nicht zuletzt das Beispiel Lettland wiederum zeigt. Vielleicht sollten hiesige praxisorientierte Experten und Wissenschaftler dem "Multikulturalismus" der postkolonialen Gesellschaften mehr Aufmerksamkeit schenken.
- 3) Die Annahme, dass räumliche Separation zwischen ethnischen Gruppen Ghettoisierung bedeute und daher ein Hindernis für "Multikulturalismus" sei, ist irreführend. Das Beispiel Penang zeigt, dass Koexistenz und gegenseitige Anerkennung viel mehr von der Präsenz wirksamer "bridging mechanisms" institutioneller, lokalpolitischer und alltäglicher Art abhängen, als von räumlicher Mischung.
 - 4) Wenn man die "Heimat" bzw. den "Alptraum Babylon" mit seinem impliziten multikulturellen Voluntarismus vermeiden will, die mit extremer Leichtigkeit zu gewaltsamen und schmerzhaften Kämpfen in und zwischen interethnischen Systemen führen, dann ist es höchste Zeit, wie das parabelhafte Schicksal von Riga und Penang zeigt, dass auch in Europa adäquate Formen der "politics of multiculturalism" konzipiert und praktiziert werden, die sowohl das dilettantische "MultiKulti" als auch die Verleugnung und Missachtung ethnischer Differenz ersetzen.

Prof. Dr. Christian Giordano ist Professor am Ethnologischen Seminar der Universität Fribourg, Route des Bonnesfontaines 11, 1700 Fribourg,
E-mail: Christian.Giordano@unifr.ch

Bibliographie

- Altermatt, Urs (1997): Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa. Zürich (NZZ Verlag).
- Bibó István (1993): Misère des petits Etats d'Europe de l'Est. Paris (Albin Michel)
- Bühlmann, Jacqueline, Röthlisberger und Schmid, Beat (Hg.) (1998): Monitoring Multicultural Societies. A Siena Group Report. Neuchâtel (Bundesamt für Statistik)
- Eide, Asbjørn (1997): Group Accomodation and Human Rights in "New" or Restored States. In: Latvian Human Rights Quarterly Nr. 1: 7–19
- Faaland, Just, Parkinson, John Richard und Saniman Rais (1990): Growth and Ethnic Inequality. Malaysia's New Economic Policy. London und New York (Hurst & Company; St. Martin's Press).
- Furnivall, John Sydenham (1939): Netherland's India. A Study of Plural Economy. Cambridge (University Press)
- Gomez, Edmund Terence (1999): Tracin the Ethnic Divide: Race, Rights and Redistribution in Malaysia. In: Pfaff-Czarnecka, Rajasingham-Senanyake, Darin, Nandy und Ashis, Gomez, Edmund Terence (Hg.): Ethnic Futures. The State and Identity Politics in Asia. New Delhi, Thousand Oaks und London (Sage Publications):167–202
- Hayes Hoyt, Sarnia (1997): Old Penang. Oxford, Kuala Lumpur, Singapore und New York (Oxford University Press)
- Küchler, Johannes (1968): Penang. Kulturlandschaft und ethnisch-soziale Struktur einer Insel Malaysias. Giessen (Wilhelm Schmitz Verlag).
- Kymlicka, Will (1995a): Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights. Oxford (Clarendon Press).
- Kymlicka, Will (Hg.)(1995b): The Rights of Minority Cultures. Oxford (Oxford University Press).
- Leggewie, Klaus (1991): MultiKulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Berlin (Rotbuch Verlag)
- Leith, Sir George (1804): A Short Account of Settlement, Produce and Commerce of Prince of Wales Island in the Straits. London (ohne Verlag).
- Milner, Anthony (1998): Ideological Work in Constructing the Malay Majority. In:
- Gladney, Dru G. (Hg.): Making Majorities. Constituting the Nation in Japan, Korea, China, Malaysia, Fiji, Turkey, and the United States. Stanford (Stanford University Press): 151–169.
- Miłosz Czesław (1995): Vilnius, Lithuania: An Ethnic Agglomerate. In: Romanucci-Ross, Lola und DeVos, George (hg.): Ethnic Identity. Creation, Conflict, and Accomodation. Walnut Creek (Altamira Press): 249–263.
- Mühlmann, Wilhelm Emil (1964): Rassen, Ethnien, Kulturen. Moderne Erthnologie. Newied und Berlin (Luchterhand)
- Pistohlkors, Gert von (Hg.)(1994): Baltische Länder. Deutsche Geschichte im Osten Europas. Berlin (Siedler Verlag).
- Rex, John (1994): La sociologia politica di una società multiculturale: l' esempio britannico. In: Bonazzi, Tiziano und Dunne, Michael (Hg.): Cittadinanza e diritti nelle società multiculturali. Bologna (Società Editrice Il Mulino):121–143
- Römhild, Regina (1998): Die Macht des Ethnischen: Grenzfall Russlanddeutsche. Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris und Wien (Lang Verlag).
- Seton-Watson, Hugh (1971): Storia dell'impero russo (1801–1917). Torino (Einaudi).
- Shamsul, A. Baharuddin (1998):Bureaucratic Management of Identity in a Modern State: "malayness" in Postwar Malaysia. In: Gladney, Dru G. (Hg.): Making Majorities. Constituting the Nation in Japan, Korea, China, Malaysia, Fiji, Turkey, and the United States. Stanford (Stanford University Press):135–150.
- Smith, Michael Gardfield (1965): The Plural Society in the British West Indies. Berkeley (University of California Press)
- Vestermanis, Margers (1996): Juden in Riga. Ein Wegweiser zu den Spuren einer ermordeten Minderheit. Bremen (Edition Temmen)
- Weber, Max (1956): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen (J.C.B. Mohr, Paul Siebeck) (2 Vol.)